

15
81

Union in Deutschland

Bonn, den 7. Mai 1981

SPD gefährdet Sicherheit

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gefährdet die Sicherheitsinteressen unseres Landes, stellte Helmut Kohl vor dem CDU-Präsidium am 4. Mai 1981 in Bonn fest. Mit dem Beschuß des SPD-Landesparteitages von Baden-Württemberg und mit der dortigen Rede des SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt hat die SPD eine breite Offensive gegen den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 über die Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und gegen die amerikanische Politik im besonderen eingeleitet.

Willy Brandt scheint entschlossen zu sein, die SPD jetzt gegen die Politik des Bundeskanzlers und der SPD/FDP-Koalition zu führen. Trotz der weiterhin ungehemmten Aufrüstung der Sowjetunion und ihrer anhaltenden Politik der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt weltweit und in Europa ist die SPD bereit, um der vagen Hoffnung willen auf sowjetische Abrüstungs- und Moratoriumserklärungen die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen des Atlantischen Bündnisses und des eigenen Landes zu vernachlässigen, wenn nicht ganz zu verhindern.

Wie in den fünfziger Jahren, als die SPD gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland in die

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ MITTELOST/ NAHOST

Schmidt ohne klaren Kurs /
Pauschale Kritik Begins unfair
Seite 5

■ FINANZEN

Es gibt auch heimliche Steuern
Seite 6

■ SOZIALE SICHERUNG

Die Staatskassen sind leer und
Führung gibt es auch nicht mehr
Seite 7

■ BERLIN

Vorschau auf die Wahl am
10. Mai
Seite 8

■ HOCHSCHUL- POLITIK

Durch Versagen der Bundes-
regierung droht ein neuer
Numerus clausus
Seite 11

■ FRAUEN- VEREINIGUNG

Eine menschliche Zukunft in
Partnerschaft ist keine Illusion
Seite 13

■ EUROPA

Stärkerer Einsatz der Kern-
energie ist unerlässlich
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Technikerfeindlichkeit oder
Technikangst in der jungen
Generation?
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

westliche Allianz und in die Europäische Gemeinschaft kämpfte, ist die SPD auch heute wieder in Gefahr, die Augen vor den Wirklichkeiten der sowjetischen Macht- und Rüstungspolitik zu verschließen.

Allein unser Bündnis mit der westlichen Welt und unsere Freundschaft und Partnerschaft mit den USA haben über 30 Jahre den Frieden, die Freiheit und die Sicherheit unseres Landes garantiert. Dennoch ist die SPD gewillt, das westliche Bündnis und unsere engen Beziehungen mit den USA erheblich zu belasten. Eine solche Politik schadet zuallererst den deutschen Interessen selbst.

Der Bundeskanzler verfügt heute in wesentlichen Fragen unserer Sicherheitspolitik über keine Mehrheit in seiner eigenen Partei. Der neu gewählte SPD-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg konnte deshalb zu Recht seinem SPD-Bundeskanzler den Regierungssturz androhen.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Nachrichten über einen weiteren Fehlbedarf von 1 Milliarde DM im Verteidigungshaushalt, nur wenige Wochen nach der Rüstungsklausur des Verteidigungsministers, alarmierend. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist damit unmittelbar in Frage gestellt. Dafür tragen der Bundeskanzler und sein Verteidigungsminister die politische Verantwortung. Die Unfähigkeit von Herrn Apel, sein Ministerium und die Bundeswehr so zu führen, daß unserem Land kein Schaden zugefügt wird, ist erneut offensichtlich geworden.

Die CDU Deutschlands verfolgt das Abgleiten der SPD in eine Politik, die die bewährten Grundlagen unserer Außen- und Sicherheitspolitik aushöhlt, mit großer Sorge.

Die Regierungserklärungen von Bundeskanzler Schmidt zur Bündnis- und Sicherheitspolitik erweisen sich als hohle Worte, wenn ihm seine eigene Partei die Gefolgschaft verweigert.

Der Bundeskanzler wird beweisen müssen, ob er oder seine Partei die Richtlinien der Politik bestimmt und durchsetzt. Die CDU/CSU ist nicht bereit, der Bundesregierung fehlende Mehrheiten zu beschaffen, aber sie wird im Interesse unseres Landes alles tun, um die handlungsunfähige Bundesregierung baldmöglichst abzulösen.

Zeit für den Wechsel in Berlin

Berlin wählt am 10. Mai ein neues Abgeordnetenhaus. Nach Monaten der Krise, der Verunsicherung und der negativen Schlagzeilen ist diese Wahl die Chance zu einem glaubwürdigen Neubeginn.

Parteibuchwirtschaft und Skandale haben zum Rücktritt des Stobbe/Lüder-Senats und zu dem erfolgreichen Volksbegehrten der CDU geführt und Neuwahlen erzwungen. In den drei Monaten des von Jochen Vogel geführten Senats ist die Lage Berlins nicht besser geworden, vielmehr ist die Rechtsunsicherheit in der Stadt noch wesentlich größer geworden. Dies hat die Bürger beunruhigt und dem Ruf Berlins weiter geschadet.

Nur eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Bürger, denen das Wohl Berlins am Herzen liegt, kann wieder Sicherheit und Selbstvertrauen für die Zukunft Berlins begründen. Der politische Wechsel ist notwendig. Die CDU Deutschlands ruft alle Berliner auf, die lebenswichtige Chance für einen Neubeginn zu nutzen: durch eine klare Mehrheit für die Berliner CDU und für Richard von Weizsäcker als neuen Regierenden Bürgermeister.

■ INFORMATIONEN

Für eine neue Solidarität der Generationen

Heiner Geißler und Mitglieder des Vorstandes des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) unter Leitung ihres Vorsitzenden, Josef Homberg, trafen im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zu einem Meinungsaustausch zusammen. Im Mittelpunkt der Unterredung standen jugendpolitische Fragen. Geißler betonte, daß sich in Gesellschaft und Staat Mißstände entwickelt hätten, für die immer mehr Jugendliche immer weniger Verständnis aufbrachten. Steigende Arbeitslosigkeit, Inflation und mangelnde Ausbildungschancen in den nächsten Jahren würden zu erheblichen Verwerfungen innerhalb unseres sozialen Gefüges führen.

Die CDU suche den offenen Dialog mit der jungen Generation. Sie wolle mit einer klaren Politik eine für Jugendliche erkennbare Zukunft mit menschlichem Gesicht und vielfältigen Möglichkeiten der Mitwirkung durchsetzen. Hierin liege die einzige Chance, den angeblich verlorenen Dialog der Generationen in eine neue Solidarität der Generationen zu verwandeln.

Die BDKJ-Vertreter betonen, eine wichtige Voraussetzung für ein konstruktiveres Verhältnis zwischen Jugendlichen, dem Staat und politischen Repräsentanten sei es, Zusammenhänge auf den verschiedenen Ebenen und Bereichen der Politik für Jugendliche durchschaubar und verständlich zu machen. Die Gesprächsteilnehmer vereinbarten, den Meinungsaustausch zwischen CDU und BDKJ im Juni fortzusetzen.

Die Linke hat unsere Jugend verhetzt

Zum Thema der Staatsverdrossenheit der Jugend erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger in einem Zeitungsartikel u. a.: Viele der Brokdorf-Demonstranten halten die Kernenergie tatsächlich für ein Unglück. Anderen Demonstranten geht es nicht um die Kernenergie. Sie wollen gegen einen Staat und eine Gesellschaft demonstrieren, die sie für kalt, ja unmenschlich halten.

Es sind die Linksparteien, die diese Einschätzung teilen. Aber haben nicht gerade sie zu dieser Unpersönlichkeit und Kälte einen entscheidenden Beitrag geleistet? Es waren doch SPD und FDP, die die kleinen Schulen, in denen es menschliche Zuwendung gab, zerstochen und durch Massenschulen ersetzt haben, die in der Tat kalt, weil massenhaft und ohne Geborgenheit, sind. Es waren SPD und FDP vor allem, die die traditionellen Klassengemeinschaften aufgelöst und durch ein Kursystem ersetzt haben, das Jugendliche einem Konkurrenzdruck aussetzt, den wir Älteren in unserer Jugend nicht gekannt haben. Statt Gesellschaftskritik sollen die Linken Selbstkritik üben und ihre schlimmen Fehler korrigieren.

Der Jugendliche hat ein Recht auf Erziehung

Nach Ansicht des Deutschen Philologenverbandes ist die „anti-autoritäre Erziehung“ zumindest mitschuldig an dem Aussteigen heutiger Jugendlicher aus der Gesellschaft. Auch habe — wie Verbandspräsident Fluck sagte — „die Bereitstellung materieller Mittel bei den Kindern die Ausprägung von Anspruchsdenken gefördert“. Die Erwach-

senen seien mitverantwortlich dafür, daß Jugendliche ihre Ablehnung der Gesellschaft auf verschiedene Weise bekundeten: durch Selbstmorde, Drogenkonsum oder Gewaltanwendung bei Hausbesetzungen und Demonstrationen.

Ohne Zivilschutz ist Verteidigung unmöglich

Generalinspekteur a. D. de Maizière hat vor der Gesellschaft für Wehrtechnik die Frage aufgeworfen, ob es sich die Bundesrepublik Deutschland leisten könne, die Zuständigkeit für die militärische und die zivile Verteidigung auf zwei Ministerien — Verteidigungsministerium und Innenministerium — aufzuteilen. Es sei ernsthaft zu überlegen, ob nicht die Zusammenfassung der Zuständigkeiten beim Bundesminister der Verteidigung der Sache mehr diene.

De Maizière hat diesen Gedanken auf dem Hintergrund seiner Kritik an der Vernachlässigung ziviler Verteidigungsanstrengung vorgetragen. Die Union sei sich in der Kritik mit General a. D. de Maizière völlig einig, erklärte Hans-Joachim Jentsch, MdB, Vorsitzender des Gesprächskreises Gesamtverteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die zivile Verteidigung sei die Achillesferse der Verteidigungsanstrengungen unseres Landes. Ihre Vernachlässigung schränkte die Glaubwürdigkeit der militärischen Abschreckung erheblich ein.

Dennoch sollte der durchaus beachtliche Gedanke de Maizières nicht dazu führen, daß jetzt eine Zuständigkeitsdiskussion beginne. Gefordert sei die Richtlinienkompetenz des Kanzlers. Er sollte die Minister Apel und Baum endlich zwingen, die längst fällige Konzept-

tion für die Gesamtverteidigung vorzulegen.

CDU-Politiker sprachen mit Beamtenbundjugend

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Hermann Kroll-Schlüter, der JU-Vorsitzende Matthias Wissmann und MdB Klaus Daweke führten einen Meinungsaustausch mit Mitgliedern der Deutschen Beamtenbundjugend in Bonn. Deren Delegation leitete ihr Bundesgeschäftsführer Kessler. Kroll-Schlüter erklärte nach dem Gespräch, man habe über aktuelle jugendpolitische Probleme gesprochen. Begrüßt habe man den Entschließungsentwurf der Deutschen Beamtenbundjugend zur Frage der Wehrdienstverweigerung, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen werde, neue Einsatzfelder für Zivildienstleistende zu schaffen. Übereinstimmung habe man auch im Bereich des Jugendhilferechts und bei der Bewertung der gegenwärtigen Jugendunruhen erzielt.

„Umweltkriminalitäten“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang von Geldern will von der Bundesregierung wissen, welche Erkenntnisse ihr über die dramatische Verschmutzung von Werra und Weser am 27. und 28. April 1981 durch Abwässer aus der DDR vorliegen. Diese mündliche Anfrage richtet der CDU-Politiker an die Bundesregierung. Er fordert von dieser weiter Auskunft darüber, was die Regierung zu unternehmen gedenke, um der Umweltkriminalität durch die DDR, die an den genannten Tagen einen Höhepunkt erreicht habe, wirksam zu begegnen.

■ MITTELOST / NAHOST

Schmidt ohne klaren Kurs / Pauschale Kritik Begins unfair

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangt von der Bundesregierung eine lückenlose und ungeschminkte Darstellung ihrer Mittelost- und Nahost-Politik einschließlich ihrer wirklichen Absichten in der Frage des Rüstungsexports nach Saudi-Arabien. Sie kann ihre Regierungspflicht nicht auf den Bundestag delegieren, stellt MdB Alois Mertes, außenpolitischer Sprecher der Fraktion, fest.

Außerdem erwartet die Opposition einen genauen Bericht des Bundesaußenministers darüber, ob und mit welchem Erfolg er bei der NATO-Tagung in Rom auf die von der CDU/CSU wiederholt geforderte Erarbeitung eines westlichen Gesamtkonzepts eingewirkt hat, das in partnerschaftlichem Zusammenwirken mit den Staaten der Golfregion auf eine verlässliche Sicherung dieses Raumes abzielt.

In diesem Zusammenwirken ist die pauschale Kritik von Ministerpräsident Begin an uns Deutschen vordergründig und unfair. Solche Ausbrüche emotionaler Bitterkeit mögen angesichts des Schicksals des jüdischen Volkes verständlich sein, aber sie nützen im Ergebnis nur den Feinden Israels und des Westens. Wer Jahrzehntelang bewiesenen Willen zur Wiedergutmachung und Aussöhnung so abwertet, der bewirkt Verhärtung statt notwendige Besinnung.

Die ersten Äußerungen Bundeskanzler Schmidts nach seiner Rückkehr aus Saudi-Arabien mußten die Israelis irritieren; denn sie waren außenpolitisch unklar und unausgewogen. Die eindeutige Solidarität mit den Lebensinteressen Israels gehört zur Ethik und Würde der deutschen Außenpolitik. Die Selbstachtung des deutschen Volkes gebietet diese Solidarität, verbietet aber die Hinnahme der Kollektivschuld-Theorie. Ministerpräsident Begin muß verstehen, daß für uns auch die Sicherung der Golfregion und eine dem Präsidenten Sadat zumutbare Lösung der Palästinenserfrage als politische Pflicht und als Voraussetzung dauerhaften Friedens gelten. Solange die PLO nicht unwiderruflich das Existenzrecht Israels anerkennt und keinen Terrorverzicht leistet, kann sie für Bonn bei allem deutschen Verständnis für die Probleme und Rechtsauffassung von Flüchtlingen kein respektabler Gesprächspartner sein. Auch neun Millionen Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten haben verbindlich auf Gewalt und Vergeltung verzichtet. Der Gewaltverzicht ist ein tragendes Prinzip der deutschen Außenpolitik.

Die Lieferung von Rüstungsgütern an Saudi-Arabien muß als Bestandteil eines westlichen Gesamtkonzepts zur Selbstsicherung der Golfregion möglich sein, bedarf aber einer Absprache mit den USA; denn auf deren Abschreckungsfähigkeit sind Europa, Israel und die arabischen Nachbarn angewiesen.

■ FINANZEN

Es gibt auch heimliche Steuern

Not macht erfinderisch. Je größer die Misere der Staatsfinanzen, desto einfallsreicher ist die Bundesregierung bei der Erschließung neuer Einnahmequellen. Eine beliebte Spielweise dafür sind die parafiskalischen Sonderabgaben, die „Pfennige“. Die verharmlosende Bezeichnung, die geschickte Streuung und die meist versteckte Überwälzung über den Preis machen diese Abgaben aus der Sicht der Regierung zu einer idealen Finanzierungsquelle.

Es gibt also nicht nur heimliche Steuererhöhungen, es gibt auch „heimliche Steuern“. Dies erklären die MdB Theo Waigel und Hansjörg Häfele zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu diesen Quasi-Steuern. Denn die „Pfennige“ werden immer zahlreicher, das Aufkommen daraus immer höher.

Zur Zeit werden nach der Antwort der Bundesregierung 15 solcher Sonderabgaben erhoben, vom Kohlepennig über die Abwasserabgabe bis zur Fischabgabe. Der Bund der Steuerzahler kennt noch sieben andere Quasi-Steuern. Offenbar hat die Bundesregierung den Überblick über ihre „Sondertöpfe“ bereits verloren. Trotzdem werden weitere Sonderabgaben wie ein „Gaspennig“ oder ein „Atompfennig“ von Koalitionspolitikern immer wieder zur Diskussion gestellt.

Das Aufkommen der nach der Antwort der Bundesregierung erhobenen 15 „Pfennige“ beträgt mittlerweile fast 4 Milliarden Mark — oder, um im Bilde zu bleiben: fast 400 Milliarden Pfennige. Das ist fast soviel wie die Einnahmen aus Zöllen, fast soviel wie die Branntweinsteuer und weit mehr als Kaffeesteuer, Teesteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer, Sektsteuer, Leuchtmittelsteuer und Heizölsteuer zusammen.

Rechnet man wie der Bund der Steuerzahler die Winterbauabgabe, die Abgabe zur Finanzierung des berufsgenossenschaftlichen Ausgleichs, das Kursausfallgeld, die Produktionsabgabe und den Lagerkostenausgleich Zucker u. a. m. noch dazu, erhöht sich das „Pfennigaufkommen“ nochmal um gut zweieinhalb Milliarden Mark.

Diese Sonderabgaben und die damit gespeisten Schattenhaushalte und „Sondertöpfchen“ sind ordnungs- und finanzpolitisch höchst problematisch. Das tatsächliche Ausmaß der Abgabenbelastung der Bürger wird verschleiert. Die Verwendung der Mittel entzieht sich weitgehend der parlamentarischen Haushaltskontrolle.

Auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten sind die „Pfennige“ nicht immer zweifelsfrei. Das Bundesverfassungsgericht hat ihre Zulässigkeit unlängst eingegrenzt. Danach dürfen Sonderabgaben nur von homogenen Gruppen erhoben werden, die in einer spezifischen Beziehung zum Zweck der Abgabe stehen. Das Aufkommen muß gruppennützig und nicht für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates verwendet werden. Sonderabgaben müssen gegenüber den Steuern die seltene Ausnahme bleiben, und es ist ständig zu prüfen, ob die Abgabe wegen Wegfall des Finanzierungszwecks oder Zielerreichung aufzuheben ist.

■ SOZIALE SICHERUNG

Die Staatskassen sind leer und Führung gibt es auch nicht mehr

Wenn wir uns heute in der Bundesrepublik Deutschland umsehen, sind Zeichen der Resignation und der Ratlosigkeit, insbesondere bei jungen Menschen, aber auch bei vielen Arbeitnehmern unverkennbar. Und dies kommt nicht von ungefähr. Der Verteilungsspielraum, das zeigen die gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen, ist erheblich enger geworden, stellt Heiner Geißler fest.

Die Staatskassen, die unter den Vorzeichen einer antizyklischen Finanzpolitik jetzt für zusätzliche Beschäftigungsimpulse sorgen müßten, sind leer; geistige Führung, die die Opfer und Einbußen und die Notwendigkeiten einer Orientierung auf eine zukunftsbewußte Politik plausibel machen könnte, findet durch die gegenwärtige Bundesregierung nicht statt.

Der Bundeskanzler hat vor kurzem in einer Rede festgestellt, daß man mit dem Netzwerk soziale Sicherheit, das wir in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen haben, „seiner Empfindlichkeit wegen“ gerade in „schwieriger Situation vorsichtig“ umgehen müsse.

Ich kann da dem Bundeskanzler nur zustimmen, muß gleichzeitig aber feststellen, daß die Bundesregierung mitverantwortlich dafür ist, daß wir gegenwärtig, wie Karl Schiller es einmal nannte, in der „schlechtesten aller Welten“ leben und daß heute immer mehr

Menschen sich die Frage stellen, ob sich das Netz der sozialen Sicherung auch in Zukunft als tragfähig erweisen wird.

Dies sind Fragen und Probleme, die viele Arbeitnehmer heute bewegen. Und manch einer fragt, ob Schweigen und Zurückhaltung der Gewerkschaften zu den politischen Mängeln, die auftreten, seit Sozialdemokraten regieren, nämlich Arbeitslosigkeit, hohe Belastung der Arbeitnehmer mit Abgaben und Steuern, Eingriffe in soziale Leistungen, Abbau der Montanmitbestimmung usw., sich für Arbeitnehmer und Gewerkschaften tatsächlich auszahlen.

Es hat hier in letzter Zeit einigen Wandel gegeben, aber eher zögernd, und manche Repräsentanten der Gewerkschaften haben ihn bis heute noch nicht vollzogen. Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, dem unsere Gesellschaft hilflos ausgeliefert wäre. Die von der SPD installierten ideologischen und politischen Bremsklötze für neue Investitionen in Milliardenhöhe müssen beseitigt werden, d. h.:

- neue Kohle- und Kernkraftwerke müssen gebaut werden,
- der Verkabelungsstopp des Bundeskanzlers muß aufgehoben und mit der Verkabelung begonnen werden,
- Investitionen im Wohnungsbau müssen sich wieder rentieren. Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag dazu einen Vorschlag beschlossen.

■ BERLIN-WAHL 10. MAI 1981

Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1975 und 1979

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom 2. März 1975 und vom 18. März 1979 hatten in Stimmen und Prozenten folgendes Ergebnis:

	1975	1979
Wahlberechtigte	1 579 924	1 530 691
Abgegebene Stimmen	1 387 471 (87,8)	1 310 553 (85,7)
Gültige Stimmen	1 375 522	1 284 596
CDU	604 007 (43,9)	570 174 (44,4)
SPD	585 605 (42,6)	548 060 (42,7)
FDP	97 969 (7,1)	103 609 (8,1)
SEW	25 105 (1,8)	13 744 (1,1)
KPD	10 125 (0,7)	—
KBW	786 (0,1)	1 367 (0,1)
BFD	46 691 (3,4)	—
AL	—	47 642 (3,7)
Einzelbewerber	5 234 (0,4)	—

BDF = Bund Freies Deutschland; AL = Alternative Liste

Ergebnis der Wahlen seit 1950

Bei den acht Wahlen zum Abgeordnetenhaus seit 1950 (1950, 1954, 1958, 1963, 1967, 1971, 1975 und 1979) konnten die kandidierenden Parteien folgende prozentuale Anteile an den abgegebenen gültigen Stimmen erzielen:

Parteien	1950	1954	1958	1963	1967	1971	1975	1979
SPD	44,7	44,6	52,6	61,9	56,9	50,4	42,6	42,7
CDU	24,6	30,4	37,7	28,8	32,9	38,2	43,9	44,4
FDP	23,0	12,8	3,8	7,9	7,1	8,5	7,1	8,1
SED-W (SEW)	—	2,7	1,9	1,4	2,0	2,3	1,8	1,1
AL	—	—	—	—	—	—	—	3,7
Sonstige	7,7	9,5	4,0	—	1,1	0,6	4,6	0,1

Sitzverteilung seit 1950

Die Sitze in den acht Abgeordnetenhäusern verteilten sich auf die Parteien wie folgt:

Partei	1950	1954	1958	1963	1967	1971	1975	1979
SPD	61	64	78	89	81	73	67	61
CDU	34	44	55	41	47	54	69	63
FDP	32	19	—	10	9	11	11	11
Abgeordnetenhaus	127	127	133	140*)	137*)	138*)	147*)	135*)

*) einschließlich Überhang- und Ausgleichsmandate

■ KOALITION

Judos bekraftigen Ablehnung der NATO-Nachrustung

Der Bundeshauptausschuß der Jungdemokraten hat in Dortmund einstimmig die Ablehnung der NATO-Nachrustung bekraftigt. Wie der FDP-nahe Jugendverband in Bonn mitteilte, wurde ebenso einstimmig der Aufruf „Verhandeln und Vertrauen schaffen — gerade jetzt“ unterstutzt. Diesen Aufruf hatte der Judo-Vorsitzende Werner Lutz, sein Vorgänger und FDP-Vorstandsmitglied Christoph Strässer sowie der stellvertretende Vorsitzende der Organisation, Thilo Schelling, an etwa 1 000 FDP-Mitglieder verschickt.

Werner Lutz begrüßte die kritische Haltung der baden-württembergischen SPD zum Doppelbeschluß der NATO. Diese SPD-Entscheidung zeige, wie zuvor die der FDP-Landesparteitage von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, daß der Widerstand gegen die Nachrustung an der Basis der sozialliberalen Parteien wachse.

Verfassungsfeinde werden hineingemogelt

Zu den Bemühungen von Bundesverkehrsminister Hauff, verfassungsfeindliche Beamte im Angestelltenverhältnis weiterzubeschäftigen, erklärt der CDU/CSU-MdB Otto Regenspurger: Es kann nicht Sinn der verfassungs- und beamtenrechtlichen Vorschriften über die Gewährleistung der Verfassungstreue sein, daß Bedienstete, die in eklatanter Weise — z. B. durch Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei — gegen die Verfassungstreue

verstoßen und deshalb aus dem Dienst entfernt werden, anschließend im Angestelltenverhältnis auf ihrem Posten bleiben. Das gleiche gilt für die Einstellung. Wer aus den genannten Gründen nicht verbeamtet werden darf, darf auch nicht — schon gar nicht im Hinblick auf eine spätere Verbeamung — als Arbeitnehmer eingestellt werden. Ein geradezu unglaublicher Skandal ist es, wenn der Minister die Wiedereinstellung eines zuvor aus dem Dienst entfernten kommunistischen Beamten als Verhandlungsgegenstand akzeptiert.

Unbeschadet der Frage, ob für Beamte möglicherweise im Einzelfall andere Anforderungen an die Gewährleistung der Verfassungstreue zu stellen sind, muß festgehalten werden, daß der Arbeitnehmer seinem öffentlichen Arbeitgeber vertraglich Treue schuldet, die naturgemäß die Treue zur Verfassung und zu den elementaren Sicherheitsinteressen des Staates umfaßt.

Entlastungsmanipulation für Linksradikalismus

Wegen „Einseitigkeit“ sind die von Bundesjustizminister Schmude (SPD) angekündigten Gesetzesinitiativen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auf Kritik in den Unionsparteien gestoßen. Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Benno Erhard, erklärte, es bestehe keine Notwendigkeit, mit Hilfe von Gesetzesänderungen schärfer gegen den Rechtsextremismus vorzugehen. Zweifel meldete Erhard an dem Ergebnis einer Untersuchung des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts Sinus an, wonach 13 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger über ein „ideologisch geschlossenes rechts-extremes Weltbild“ verfügen sollen. Erhard meinte dazu, daß jemand einen

starken Staat wünsche, sei bei Rechts- und Linkextremisten völlig dasselbe.

CDU/CSU-MdB Wittmann hielt Bundesjustizminister Schmude, der seine wachsenden Besorgnisse über die rechtsextremistischen Neigungen der Bundesbürger ausdrücklich durch die Sinus-Umfrage bestätigt sieht, vor, eine Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes gegen Rechts zu einer Zeit anzukündigen, „in der SPD und FDP die Strafbarkeit der Anleitung zur Gewaltanwendung und Gewaltverherrlichung, weil von Linken begangen, demontieren“.

278 Extremisten in Hessens öffentlichem Dienst

In Hessens öffentlichem Dienst waren am 1. Januar 278 Extremisten beschäftigt. Das teilte Innenminister Ekkehard Gries (FDP) in Wiesbaden auf eine parlamentarische Anfrage der CDU-Landtagsfraktion mit. Von diesen Extremisten sind 168 im Landesdienst und 110 bei den hessischen Gemeinden, Gemeindevärenden und Körperschaften des öffentlichen Rechts tätig. 255 von ihnen sind Mitglieder linksextremer und 23 gehören rechtsextremen Organisationen an.

Linke Professoren untergraben die Gesellschaftsordnung

Als „Griff in die Klamottenkiste verfehlter Wirtschaftstheorien“ bezeichnete Werner Dollinger, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, das „Gutachten“ von rd. 300 „schon einschlägig bekannten linken Alternativprofessoren und Gewerkschaftsfunktionären“: Sie fordern in einem „Gutachten“ eine Steigerung der Staatsausgaben in astronomischer Höhe und entsprechend der in Theorie

und Praxis schmerzlich widerlegten Kaufkrafttheorie eine Erhöhung der Löhne und Gehälter, die weit über die Produktivitätszunahme und die Steigerung des Bruttonsozialprodukts hinausgeht. Dollinger meint, es müßte doch eigentlich auch linken Wirtschaftstheoretikern bekannt sein, daß in einer Volkswirtschaft real nicht mehr ausgeben werden könnte als vorher erarbeitet worden sei. „Woher also wollen die Alternativgutachter das Geld für ihr Ausgabenprogramm nehmen?“ fragte er. Es sollte nicht vergessen werden, daß höhere Staatsausgaben höhere Einnahmen erfordern, soweit man nicht den Weg der ständig steigenden Verschuldung gehen oder die Notenpresse in Gang setzen wolle.

Die marxistische Ausrichtung und kommunistische Bindung dieser Autoren darf als Bestätigung dafür genommen werden, daß es ihnen darum geht, die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und damit das Sozialleistungssystem zu untergraben und den Boden für die sozialistische U mwälzung zu bereiten.

Bremer SPD vor dem Offenbarungseid

Der Landesvorsitzende der Freien Demokraten in Bremen, Lahmann, hat die in diesem Bundesland allein regierende SPD beschuldigt, „vor dem finanzpolitischen Offenbarungseid zu stehen“. Unmittelbar vor der Veröffentlichung eines Sparkonzepts durch die Bremer Sozialdemokraten sagte Lahmann auf einem FDP-Landesparteitag, das Ergebnis von zehn Jahren SPD-Alleinerrschaft sei höchste Pro-Kopf-Verschuldung in der Bundesrepublik. Bremen befindet sich „in höchster Seenot“.

■ HOCHSCHULPOLITIK

Durch Versagen der Regierung droht ein neuer Numerus clausus

Die weitere Finanzierung des Hochschulbaus durch den Bund steckt immer noch in einer von der Bundesregierung verschuldeten und von ihr zu verantwortenden tiefen Krise, erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, MdB Anton Pfeifer.

Obwohl die Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen vor der Gefahr einer Ausweitung des Numerus clausus warnen, gibt es derzeit kein Konzept der Bundesregierung für den Hochschulbau. Die Folge sind Beunruhigung und Verunsicherung in den Universitäten sowie der Hochschullehrer und Studenten, die durch das Verwirrspiel, das die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft betreiben, noch verstärkt wird.

Der Bund ist für die Länder und Hochschulen derzeit kein verlässlicher Partner in der Hochschulpolitik mehr. Die Bundesregierung hält die Länder und Hochschulen hin und verhindert damit den Vollzug des 9. und 10. Rahmenplanes für den Hochschulbau und die dringend notwendige Klarheit in diesem wichtigen Bereich der Hochschulpolitik.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. endlich ein neues Konzept für den Ausbau der Hochschulen vorzulegen,

2. durch die Realisierung der von Bund und Ländern gemeinsam geplanten Hochschulbauten die drohende erneute Verschärfung des Numerus clausus an den Hochschulen zu verhindern und
3. durch eindeutige Prioritätensetzung in der Hochschulfinanzierung dafür Sorge zu tragen, daß das von den Hochschulen zu Recht befürchtete Absinken der Forschungsqualität in Deutschland vermieden wird.

Insgesamt ist die Finanzlage im Hochschulbau für die einzelnen Universitäten nach wie vor katastrophal, seitdem die Bundesregierung angekündigt hat, ihre Mittel für diese Gemeinschaftsaufgabe um 20 Prozent zu kürzen. Eine Verbesserung dieser deprimierenden Lage ist auch nicht durch das Angebot der Bundesregierung eingetreten, ihren Anteil in diesem Jahr durch Vorziehung von Haushaltssmitteln aufzustocken, wenn die Länder diesen Mehrbetrag von 150 Mio. DM vorfinanzieren.

Der begrenzte Vorfinanzierungsvorschlag der Bundesregierung kann die gekürzten Bundesmittel nicht ersetzen; er stellt darüber hinaus in seinem Kern insofern eine Irreführung der Hochschulöffentlichkeit dar, als auch bei seiner Verwirklichung in allen Ländern weiterhin begonnene Bauprojekte von der Stilllegung bedroht sind und andere, angesichts wachsender Abiturientenzahlen dringend notwendige Vorhaben nicht begonnen werden können.

Die Behauptung von Bundesminister Engholm, in diesem Jahr stünden insgesamt 400 Mio. DM zur Verfügung, ist nichts als ein Potemkinsches Dorf, denn die 100 Mio. DM Haushaltsreste, die dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft angeblich zur Verfügung stehen, müssen im Zusammenhang mit den Vorleistungen der Länder im Hochschulbau im Jahre 1980 gesehen werden. Diese Vorleistungen der Länder aus 1980, mit denen sie Hochschulbauprojekte vorfinanziert haben, müssen nun zunächst einmal von der Bundesregierung unmittelbar zurückerstattet werden. Damit stehen für den Hochschulbau nach wie vor nur die gekürzten 680 Mio. DM, die im Haushaltplanentwurf 1981 des Bundes vorgesehen sind, zur Verfügung, sowie die von der Bundesregierung angebotenen 150 Mio. DM vorfinanzierter Bundesmittel, über deren Annahme die Länder aber bisher nicht entscheiden konnten,

weil die nebulösen Finanzierungskonditionen der Bundesregierung als fragwürdig angesehen werden müssen und weil auch nicht sicher ist, ob der Bundesfinanzminister überhaupt zustimmt. Die Finanzierung des 9. und 10. Rahmenplans für den Hochschulbau, die von der Bundesregierung mitbeschlossen worden sind, ist somit nach wie vor nicht gesichert. Die in den Hochschulen tiefssitzenden Zweifel über die Verlässlichkeit des Bundes, gegebene Zusagen einzuhalten, drohen deshalb zu einer Vergiftung der Atmosphäre bei Hochschullehrern und Studenten zu führen. Diese Zweifel und dieses Mißtrauen zerstören auf Dauer jede positive Zukunftserwartung in den Universitäten. Denn die Hochschulen haben ihre Belegschaft, eine „Überlastquote“ zu tragen (1 Mio. Studenten auf 750 000 Studienplätze), u. a. auf die Zusagen für den weiteren Ausbau der Hochschulen begründet. Jetzt aber, wo die Hochschulen diese Vorleistungen erbracht haben, bricht die Bundesregierung das gegebene Wort.

Die Darstellung Deutschlands

Zu dem Protest des sowjetischen Außenministeriums gegen den Beschuß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder über die Darstellung Deutschlands in den Schulbüchern und Landkarten erklärte der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion MdB Anton Pfeifer, der Beschuß entspreche in vollem Umfang der Rechtslage, wie sie aufgrund der abgeschlossenen Verträge der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Februar 1972, des Briefes zur Deutschen Einheit und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestehe. Die CDU/CSU erwarte, daß die Bundesregierung diesen Protest zurückweise.

Die Bundesregierung hat jahrelang mit Intensität die Öffnung der Hochschulen propagiert. Jetzt sieht sie konzeptions- und bewegungslos zu, wie diese Öffnung als Folge ihrer Politik zu neuen Numerus-clausus-Schwankungen führen und die Hochschulforschung an Qualität zu verlieren droht. Denn wenn nicht einmal mehr die Großforschungsgeräte modernisiert werden können, ist das Abgleiten der deutschen Hochschulforschung im internationalen Vergleich auf Zweit- oder Drittklassigkeit unvermeidlich. Die Bundesregierung muß jetzt, fast sechs Monate nach den von ihr beschlossenen Haushaltskürzungen im Hochschulbau endlich ihre Vorstellungen für eine neue Rahmenplanung vorlegen.

■ FRAUENVEREINIGUNG

Eine menschliche Zukunft in Partnerschaft ist keine Illusion

Der 12. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung am 1./2. Mai in der Göttinger Stadthalle stand unter dem Motto „Menschliche Zukunft in Partnerschaft“. Die Tagung nahm dank der straffen Führung von Ursula Benedict-Engler und Irmgard Krawatzki einen zügigen Verlauf; sie war gekennzeichnet von einer großen Geschlossenheit in der politischen Aussage.

Die mit großer Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende Helga Wex stellte diese Geschlossenheit auch in den Mittelpunkt ihrer Schlußbilanz der Göttinger Tagung. Jetzt gelte es die Vorstellungen der CDU-Frauen auch in die Gesamtpartei einzubringen und politisch zu vertreten. In ihrer überzeugenden Eröffnungsrede betonte Helga Wex, daß die Fragen nach der Zukunft unserer Gesellschaft immer häufiger gestellt werden, besonders auch von den Frauen und der jungen Generation. Die Vernachlässigung der Partnerschaftsprobleme habe wesentlich zu den gewalttätigen Demonstrationen unserer Tage beigetragen und drohe zu einer allgemeinen Sinnkrise der Gesellschaft auszuarten. Diese Krise könne nur bewältigt werden, wenn „wir uns wieder auf den partnerschaftlichen Umgang miteinander zurückbesinnen“.

„Wir wollen Partnerschaft statt Klassenkampf“, lautete einer der Kernsätze von Helga Wex. Wer morgen die Zukunft

gemeinsam gestalten wolle, müsse heute miteinander reden. Man beobachte heute, daß sich Meinungen unversöhnlich gegenüberstehen, sei es bei der Kernenergie oder den Hausbesetzungen. Hier gelte es gegenzusteuern. Unter starkem Beifall ihrer Zuhörer betonte Helga Wex: „Wir lassen uns diesen freiheitlichen Staat der deutschen Geschichte nicht kaputt machen, weder von Extremisten von rechts noch von links. Nutzen wir die Chance, damit eine partnerschaftlich gestaltete Politik auch der Jugend Hoffnung auf eine menschliche Zukunft geben kann.“ Ein Hauptpunkt der Göttinger Tagung war der Abbau der hohen Frauenarbeitslosigkeit. In einem fast einstimmig verabschiedeten Antragspaket verlangten die Delegierten Maßnahmen gegen die besondere Benachteiligung von Frauen durch die steigende Arbeitslosigkeit. Weibliche Arbeitslose dürften nicht dazu gezwungen werden, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben und wieder an den heimischen Herd zurückzukehren. Die CDU-Frauen setzten sich für „Wahlfreiheit von Mann und Frau“ bei der Entscheidung zwischen Beruf und Familie ein. Voraussetzung dafür sei zum einen die Anerkennung und soziale Absicherung der Familientätigkeit als Beruf und zum anderen die Schaffung eines flexibleren Arbeitsmarktes. Notwendig seien vor allem mehr Teilzeit-Arbeitsplätze sowohl für Männer als auch für Frauen.

Ferner verlangten die CDU-Frauen eine Überprüfung, ob die bestehenden Arbeitsschutzvorschriften für Frauen „noch zeitgemäß“ seien, oder ob sie nicht eher „die Frauen aus dem Arbeitsmarkt hinausschützen“, wie die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel feststellte. Überprüft werden sollten auch einige „reichlich überzogene“ Nachtarbeitsbeschränkungen für Jugendliche.

Ernst Albrecht, Niedersachsens Ministerpräsident, war einer der Hauptredner dieses Frauenkongresses. Er und sein Kabinett hätten die politischen Konzeptionen der Frauenvereinigung schnell begriffen und in die Tat umgesetzt, sagte Ursula Benedix-Engler in ihrer Begrüßungsansprache. Niedersachsen sei ein positives Beispiel für das Motto des Delegiertentages „Menschliche Zukunft in Partnerschaft“.

In seiner Rede nannte Ernst Albrecht als positive Bilanz seiner bisherigen Sozialpolitik u. a. das Babygeld als Starthilfe für junge Familien, die Wohnbauförderung für kinderreiche Familien, mehr Chancengerechtigkeit für Frauen, Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen für arbeitslose Frauen, Einbeziehung von Müttern und Hausfrauen in die Altersversorgung sowie die Einführung eines Erziehungsgeldes. Ziel seiner Regierung sei es, daß Kinderrecht nicht mehr gleichbedeutend sei mit sozialem Abstieg. Das eigentlich Verderbliche der linken Ideologie ist, so Ernst Albrecht, daß sie der Familie nicht mehr ihren Rang zuerkenne. Dabei sei die Familie die erste und wichtigste menschliche Gemeinschaft.

In seiner oft von Beifall unterbrochenen Rede setzte sich der Bundesvorsitzende Helmut Kohl kritisch mit der geistig-po-

litischen Situation in der Bundesrepublik auseinander. Geistige und moralische Grundsätze seien unter der derzeitigen Bundesregierung verkommen, stellte Helmut Kohl fest. Die Krise sei politisch verursacht durch Feigheit und Unfähigkeit statt geistiger Führung und Herausforderung. Es ist eine Politik, die Leistung bestraft und Faulheit belohnt. Helmut Kohl sagte auch, es gebe keinen Grund, alles grau in grau zu malen. Viele Bürgerinitiativen demonstrierten inzwischen nicht gegen, sondern für etwas. Junge Menschen kümmerten sich um ältere und kranke Menschen, Gastarbeiter und Behinderte. „Das ist die Mehrheit und nicht die kleine Gruppe, die nachts Schaufensterscheiben einschlägt“. Eine menschliche Zukunft in Partnerschaft sei deshalb keine Illusion.

So wurde gewählt:

Bundesvorsitzende

Helga Wex 204 Stimmen

Stellv. Vorsitzende

Ursula Benedix-Engler 231 Stimmen

Leni Fischer 253 Stimmen

Roswitha Verhülsdonk 207 Stimmen

Beisitzer

Ursula Besser 242 Stimmen

Irma Blohm 226 Stimmen

Roswitha Erlenwein 226 Stimmen

Renate Hellwig 226 Stimmen

Erika Indenbirken 213 Stimmen

Ursula Klein 180 Stimmen

Hanna-Renate Laurien 228 Stimmen

Marlene Lenz 205 Stimmen

Esther Mikfeld 214 Stimmen

Ingrid Roitsch 181 Stimmen

Eva Rudolph-Heger 218 Stimmen

Ingeborg Seitz 182 Stimmen

Maria Stommel 175 Stimmen

Eva Wachter 179 Stimmen

Dorothee Wilms 230 Stimmen

■ EUROPA

Stärkerer Einsatz der Kernenergie ist unerlässlich

Wegen der Entwicklung der Leistungsbilanz und unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit muß das Ziel jeder Energiepolitik in Europa sein, Öl zu sparen und Öl zu substituieren, stellte Karl-Heinz Narjes, Mitglied der EG-Kommission, fest.

Äußer in Frankreich ist dazu in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ein noch stärkerer Einsatz der Kernenergie unvermeidlich. Gerade in diesem wichtigen Bereich haben die meisten europäischen Staaten die letzten sechs Jahre, seit der ersten Energiekrise, verschlafen. Die Vorlaufzeiten von der Planung bis zur Betriebsaufnahme, also bis zur Erzielung eines ins Gewicht fallenden Substitutionseffektes, liegen zwischen acht und zwölf Jahren.

Niemand kann heute garantieren, daß wir uns noch solange ungestört und unter zumutbaren Bedingungen aus dem Nahen und Mittleren Osten versorgen können. Deshalb ist im Augenblick nichts so teuer wie die Zeit zur Umstrukturierung des Energiesektors. Diese Zeit ist so kostbar, wie das Öl, von dem wir uns zu trennen haben.

Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß es den Vereinigten Staaten gelingen dürfte, zum Ende der achtziger Jahre vom arabischen Öl unabhängig zu werden. Vergegenwärtigen wir uns, was dies zu bedeuten hat: Die USA hätten dann im Falle militärischer Spannungen keine

eigenen vitalen Ölversorgungsinteressen im Nahen Osten mehr zu verteidigen. Der Schutz der europäischen Ölversorgung wäre dann noch geringer als heute.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die notwendige Substituierung des Erdöls in voller Dringlichkeit dar. Die Rezession im Verlauf der zweiten Ölkrise brachte den europäischen Industriestaaten nicht nur höhere Energiekosten, sondern auch höhere Zinsen. Gleichzeitig entstanden zusätzliche Kapitalkosten in den Unternehmungen für eine umweltfreundliche Produktion. Ein unverzichtbarer Investitionsaufwand für die Substituierung des Erdöls muß kurzfristig finanziert werden. Außerdem beschleunigen sich die Ausgaben für unsere Sicherheit. Schließlich ist mehr Aufwand für Forschung und Entwicklung erforderlich, um der japanischen Herausforderung zu begegnen.

Die drei wichtigsten Bereiche, in denen unmittelbarer wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht, sind heute — die Energiepolitik mit einem forcierten Ersatzprogramm für Erdöl, die Beseitigung von technischen Hemmnissen bei der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und eine aktive Innovationspolitik, um auf dem Weltmarkt auch morgen konkurrenzfähig zu sein.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Dafür oder dagegen?

Bei der Nachrüstung verlieren Schmidt und Genscher Stück um Stück die Basis ihrer Handlungsfähigkeit. Nach den „Jungsozialisten“, die nicht eine an die SPD angelehnte Pfadfindergruppe sind, sondern ein Drittel von ihr, und nach allen möglichen Unterorganisationen der Partei hat nun der große baden-württembergische Landesverband die Bonner Verteidigungs- und Bündnispolitik in Zweifel gezogen.

Auf den ersten Blick sieht zwar alles halb so schlimm aus, die südwestdeutschen Sozialdemokraten wollen das Ja der SPD zum Nato-Nachrüstungsbeschuß auf dem nächsten Bundesparteitag in München nur „überprüft“ sehen. Aber das Ziel der Überprüfung ist schon fixiert: die Revision. Ein Frontalbeschuß in Aalen gegen die Nachrüstung hätte geringere Chancen geboten, in München die deutsche Sozialdemokratie von der Nachrüstung zu tren-

nen; der scheidende Landesvorsitzende Eppler hat es gesagt.

Von ihm wird noch zu hören sein. Als Landesvorsitzender war er ohne Geschick. Aber in der sich formierenden und organisierenden westdeutschen Friedensseligkeit, deren Wurzel weniger ein neuer Verantwortungssinn als materielle, zivilisatorische Übersättigung ist, wird Eppler vielleicht wachsenden Einfluß haben. Das hängt sicher auch mit seiner Offenheit zusammen. Sein klares Wort in Aalen, die SPD könne nicht auf Dauer für und gegen die Nachrüstung sein, gibt der Bonner Parteiführung Anlaß, ihrerseits klarer zur Nachrüstung zu sprechen, zur äußeren Sicherheit unseres Staates.

Der Parteivorsitzende Brandt hat die Gelegenheit schon vertan — einen „wichtigen und gewichtigen Beitrag“ nannte er den Aalener Beschuß gegen die Nachrüstung. Solche stimmungsvollen Hohlheiten sind sein Beitrag zu einer Lebensfrage und Überlebensfrage des westlichen Deutschland.

Geht es so weiter, dann kommt der Tag, da die Bundesregierung auf dem Felde der äußeren Sicherheit Unerlässliches nicht mehr tun kann.

FAZ, 4. 5. 81

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UID